



BMW GROUP DIALOGUE.

10. JUNI 2026.

BMW Group

KEINE WEITEREN BELASTUNGEN FÜR BEITRAGSZAHLER. AUSSAGEN IM KOALITIONSVERTRAG.



„Hohe Defizite prägen derzeit die Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sozialen Pflegeversicherung. Die Einnahmentwicklung bleibt deutlich hinter der Entwicklung der Ausgaben zurück. Die Beitragssätze steigen. **Ziel ist es, die Finanzsituation zu stabilisieren und eine weitere Belastung für die Beitragszahlerinnen und -zahler zu vermeiden.** Hierzu setzen wir auf ein Gesamtpaket aus strukturellen Anpassungen und kurzfristigen Maßnahmen. Ziel ist es, die seit Jahren steigende Ausgabendynamik zu stoppen und die strukturelle Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schließen. Wir wollen die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung auch langfristig stabilisieren und zugleich eine hohe Qualität und ein hohes Niveau der Leistungen sichern. **Wir wollen die Einnahmen durch ein höheres Beschäftigungsniveau vergrößern und die Kosten auf der Ausgabenseite reduzieren.**“

LEISTUNG SOLL SICH WIEDER LOHNEN? STATTDESSEN DEUTLICHE MEHRKOSTEN FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN.



Beispiel 1: Entgeltgruppe EG 08.

Abgeschlossene Berufsausbildung, mehrjährige Erfahrung, z. B. ein Instandhalter oder Anlagenführer in der Produktion.



Beispiel 2: Entgeltgruppe EG 11.

Abgeschlossenes Studium mit Berufserfahrung, z.B. ein Controller oder Ingenieur in der Entwicklung.

Gesamtjahreseinkommen	83.300 €	106.500 €
Abzüge Lohnsteuer etc.	-17.928 €	-27.876 €
Sozialversicherungen AN-Anteil	-16.926 €	-19.226 €
Nettoeinkommen	48.446 €	59.398 €
Zusatzbelastung durch BBG-Erhöhung 2027	-738 €	-1.119 €
Entspricht KV-Beitragssatz-Erhöhung	2,11 %	3,21 %

Annahmen: Einmalige Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze nach Entwürfen GKV- und Pflegereform, turnungsgemäße Anhebung BBG entsprechend der prognostizierten Lohnzuwächse von 3,5%.

MEHRKOSTEN AUS UNTERNEHMENSPERSPEKTIVE. 71% DER MITARBEITENDEN DER BMW AG WÄREN BETROFFEN.



Gesamtbelastung BMW AG: 67 Mio. € (entspricht einer KV-Beitragssatzanhebung von 2,7%)

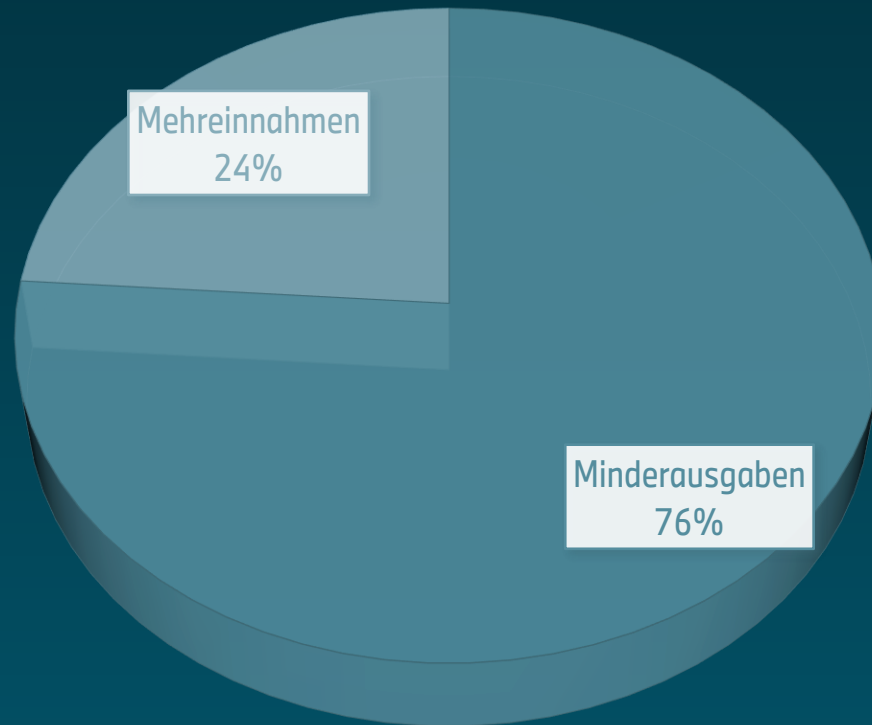
ENTLASTUNG DES FAKTORS ARBEIT NÖTIG. AUSSAGE KANZLER MERZ ZUM KABINETTSBESCHLUSS DER GKV-REFORM.

„[...] (Mit einem weiteren Anstieg der Beitragssätze) würden auch die Kosten für den Faktor Arbeit weiter steigen, mit verheerenden Folgen für alle, für Wirtschaft, Konjunktur und am Ende auch für den Arbeitsmarkt.“

Pressestatement von Bundeskanzler Friedrich Merz, 29. April 2026,
Quelle: Bundesregierung.



1. LASTENVERTEILUNG - MEHR ALS EIN VIERTEL DER ENTLASTUNG WIRD DURCH MEHRAUSGABEN DER UNTERNEHMEN SELBST FINANZIERT.



7.2.2 Mögliche Auswirkungen einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze

Hintergrund/Handlungsbedarf

Weitere Faktoren

Bei der Entscheidung über die Anhebung der BBG sind außerdem weitere Faktoren zu berücksichtigen, die über den direkten Effekt auf die GKV-Finzen hinausgehen. Insbesondere wenn die Lohnüberwälzung nicht 100% beträgt oder erst zeitverzögert eintritt, würde die Anhebung der BBG mit einer Belastung der Arbeitgeber einhergehen. Diese wäre in Zeiten wirtschaftlicher Herausforderungen in ihren negativen Folgen abzuwägen. Auch wäre die Anhebung der BBG mit einer Minderung von Steuereinnahmen verbunden, die zusätzlich zu der von der Kommission vorgeschlagenen Erhöhung des Bundeszuschusses die öffentlichen Kassen belasten würde. Zudem käme es wahrscheinlich bei hoher Abwanderung in die PKV zu einer Verschiebung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von der GKV zur PKV, die aufgrund höherer Verwaltungsaufwände in der PKV möglicherweise zur Stärkung der Beschäftigung beitragen könnte.

Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz zielt auf die Entlastung der Beitragszahlenden ab. Allerdings tragen die Unternehmen überwiegend durch die Anhebung der BBG und somit durch Mehreinnahmen für die Kassen bis zu einem Viertel bei. Die Anhebung der BBG wurde aufgrund etwaiger negativer Folgen für die Wirtschaft nicht von der Finanzkommission Gesundheit als Maßnahme vorgeschlagen.

2. DIE RÜCKKEHR ZUR EINNAHMENORIENTIERTEN AUSGABENPOLITIK IST DER SCHLÜSSEL ZUR NACHHALTIGEN BEITRAGSSATZSTABILISIERUNG.



Quelle: Erster Bericht der FinanzKommission Gesundheit



Quelle: Homepage GKV Spitzenverband

- Wir begrüßen ausdrücklich die Rückkehr zur einnahmenorientierten Ausgabenpolitik.
- Weitere Leistungsreserven sehen wir im Heben von Effizienzpotentialen und Produktivitätssteigerungen im Gesundheitswesen.
- Langfristige Strukturreformen im deutschen Gesundheitswesen sind unerlässlich.

2. DIE RÜCKKEHR ZUR EINNAHMENORIENTIERTEN AUSGABENPOLITIK MUSS JETZT PASSIEREN, DAMIT WIR EIN MORGEN IN DER GKV GESTALTEN KÖNNEN.

Was wir jetzt tun sollten:

- Konsequent weitere Potentiale zur Eindämmung der Preis-/ Vergütungskomponenten im Krankenhauswesen und der pharmazeutischen Industrie voll ausschöpfen. Der aktuelle Gesetzesentwurf bleibt hinter den Vorschlägen der FinanzKommission Gesundheit zurück.
- Wir befürworten die Förderung der Pharmaindustrie als Leitindustrie. Eine solche Standortpolitik sollte zwingend aus Steuern erfolgen und nicht aus den Mitteln der Beitragszahler.
- Langfristig müssen Strukturreformen, insbesondere im Krankenhauswesen, konsequent und stringent in ganz Deutschland umgesetzt werden.

3. VERSICHERUNGSFREMDE LEISTUNGEN IN DER GKV SIND KONSEQUENT DURCH STEUERZUSCHÜSSE AUSZUGLEICHEN.

Reformempfehlung

Die Kommission empfiehlt, die Bürgergeldbeziehenden als Pflichtmitglieder in der GKV zu belassen und die vom Bund gezahlten Beiträge künftig kostendeckend auszugestalten. Die Finanzierungsverantwortung des Bundes für die Gesundheitsausgaben der Bürgergeldbeziehenden soll demgemäß vollständig umgesetzt werden. Hierfür sind die bisherigen Pauschalen deutlich zu erhöhen. Unter Berücksichtigung eines proportionalen Ausgabenanstiegs der Bürgergeldbeziehenden zur Gesamtheit der GKV-Versicherten liegt der kostendeckende Beitrag bei über 400 €. Die geschätzte Entlastungswirkung für die GKV würde damit schätzungsweise rund 12 Mrd. € pro Jahr betragen. Diese Empfehlung würde die Systemarchitektur der GKV unangetastet lassen und wäre aufwandsarm umzusetzen. Sie würde zudem die bestehende Solidarlogik fortführen, zugleich jedoch die Unterdeckung der Bürgergeldbeziehenden in der GKV beseitigen.

Quelle: Erster Bericht der FinanzKommission Gesundheit



Quelle: Pressekonferenz, 11.09.2025, Einreichen der Klage

- Die geschätzten 12 Milliarden Euro pro Jahr würden signifikant die Beitragszahlenden entlasten.
- Den aktuellen Vorschlag, einen Einstieg in die Finanzierung mit 250 Millionen pro Jahr zu beginnen, dafür den Bundeszuschuss pro Jahr um 2 Milliarden Euro zu kürzen, lehnen wir ab.

4. NEUE REGELUNGEN ZUR TEIL-AU / TEIL-KG SOWIE ZUR MITVERSICHERUNG SCHAFFEN NEUE BÜROKRATIE.

Teil-Arbeitsunfähigkeit und Teil-Krankengeld:

- Beidseitige Freiwilligkeit ist richtig, wird aber durch vorgesehene fristgebundene Prüf- und Rückmeldepflicht zu stark begrenzt.
- Abrechnungs-, Verfahrens- und IT-Prozesse müssen umfänglich in Unternehmen angepasst werden.
- Rechtliche Abgrenzungen fehlen: arbeitsrechtliche Arbeitsunfähigkeit vs. neue Teil-AU nur im SGB V.
- Auswirkungen und Wechselwirkungen auf bestehenden Wiedereingliederungsprozess ("Hamburger Modell") sind unklar.

Mitversicherung einkommensloser Ehepartner:

- Neue Aufwände für Arbeitgeber im Lohnabzugsverfahren.
- Neue Prüfpflichten für Kassen bei Ausnahmetatbeständen führen zum Aufbau neuer Verwaltungskapazitäten.
- Anstieg der Verwaltungskosten bei den Krankenkassen zu erwarten.

5. HERITAGE. UNSERE WURZELN – UNSER ERBE.

Betriebskrankenkasse: Triumph für BMW?

Erste Ergebnisse der Abstimmung: BKK in Dingolfing leicht, sonst aber deutlich über der 50-Prozent-Hürde

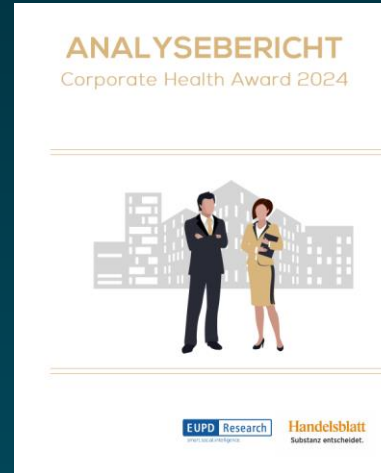


Den Stimmzettel in der Hand: Ein BMW-Mitarbeiter bei der Abstimmung über die Betriebskrankenkasse.

(Foto: Reuters)

- Gründung der BMW BKK im Jahr 1990 trotz hoher Widerstände aus dem Kassenlager mit einem klaren Votum der Belegschaft.
- Seit über 36 Jahren ist die BMW BKK als traditionelle Krankenkasse eine Erfolgsgeschichte.
- Zusammen mit der Initiative Gesundheit der BMW AG sind wir die beiden Säulen der Sozialpolitik.

5. BEST PRACTICE – BMW AG UND BMW BKK.



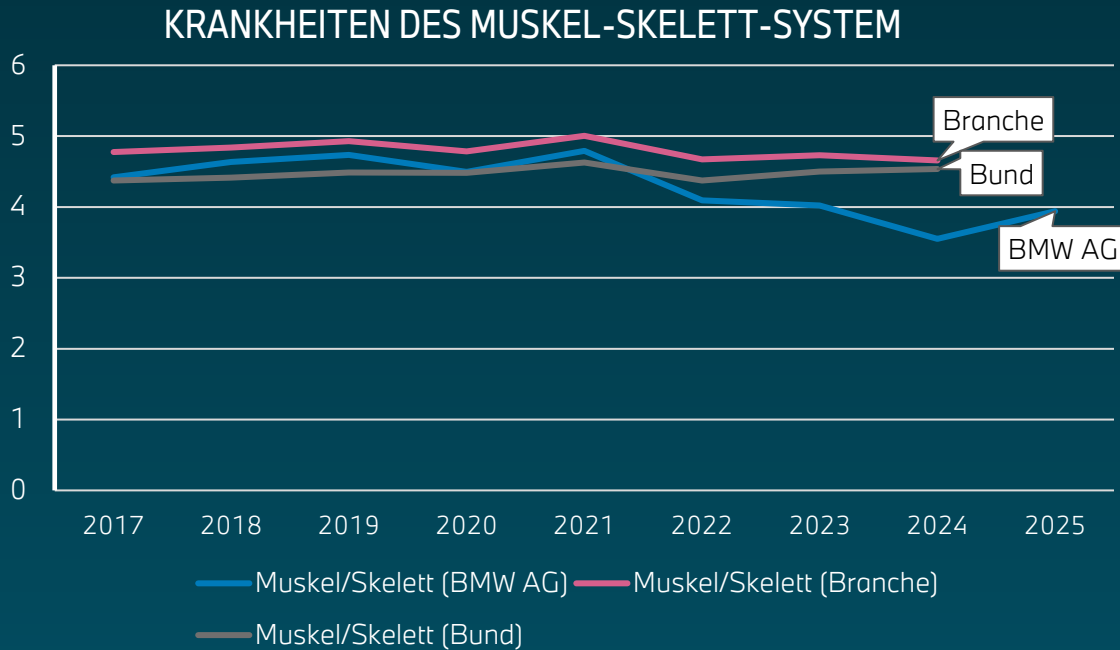
- Gesundheitsberichte für die BMW AG ab 1996 von der BMW BKK erstellt. **Seit 2017 jährlich.**
- Analysen für Ressorts, Werksstandorte und zur Überprüfung von Technologien.

Dr. Annett Richter: „Das Zusammenspiel zwischen Gesundheitsmanagement der BMW AG und der BMW BKK macht uns stark. Wir arbeiten als zwei Säulen Hand in Hand. Der Gesundheitsbericht der BMW BKK ist durch seine Tiefe und Genauigkeit eine belastbare Grundlage. Wir entwickeln auf dieser Basis gemeinsame Präventionsmaßnahmen. Das ist effizient und effektiv für die Mitarbeitenden und das Unternehmen! Die Auszeichnung mit dem Corporate Health Award vom Handelsblatt hat uns in unserem Vorgehen bestätigt.“

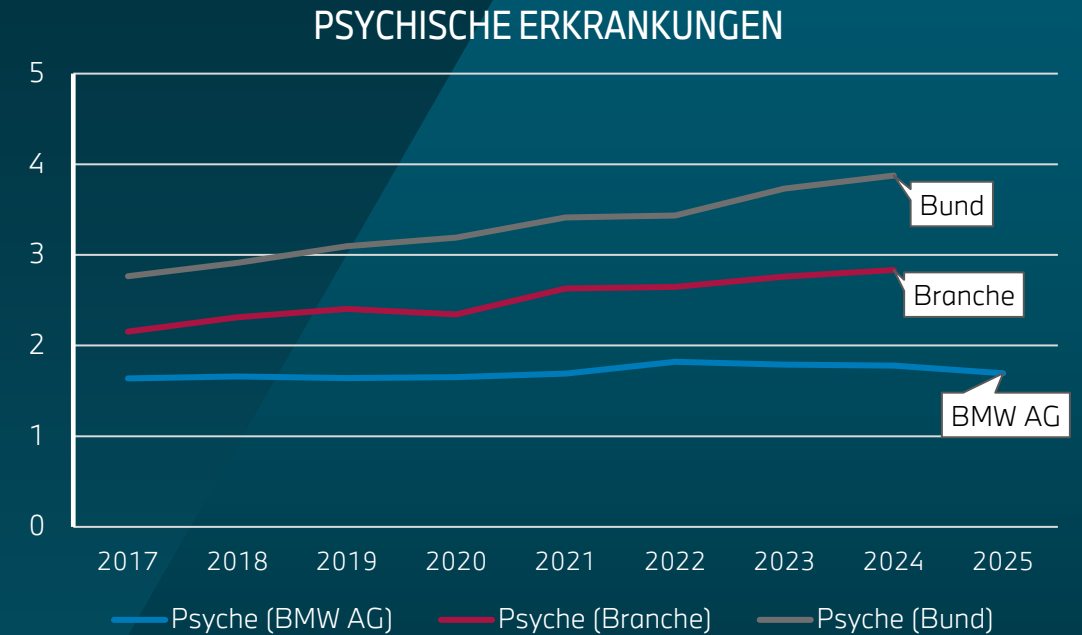
Besondere Versorgungsangebote:

- Psychologischer Beratungsservice – schnell und zeitnah.
- Individuelle Patientensteuerung bei schweren Erkrankungen sowie Pflegebedürftigkeit.
- Netzwerk Reha – Wiedereingliederung durch koordinierte Zusammenarbeit von Reha-Arzt und Betriebsarzt.

5. BEST PRACTICE – BMW AG UND BMW BKK. AU-TAGE JE VERSICHERTENJAHR (VJ).



Die AU-Tage je VJ unterschritten bei den Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems zwischen 2017 und 2025 durchgehend die Vergleichswerte der Branche und seit 2022 auch das Niveau des Bundes.



Bei den psychischen Erkrankungen blieben die AU-Tage je VJ nahezu konstant. Sie unterschritten die Vergleichswerte des Bundes und der Branche in jedem Jahr, zum Teil deutlich.

6. UNSERE NIEDRIGEN VERWALTUNGSKOSTEN SPRECHEN FÜR UNS.

**Deutsches
Ärzteblatt**

Politik

**Finanzkommission: Weniger Krankenkassen helfen nicht
beim Sparen**

Verwaltungskosten je Versicherten und Jahr



Quelle: KV 45, 2025.